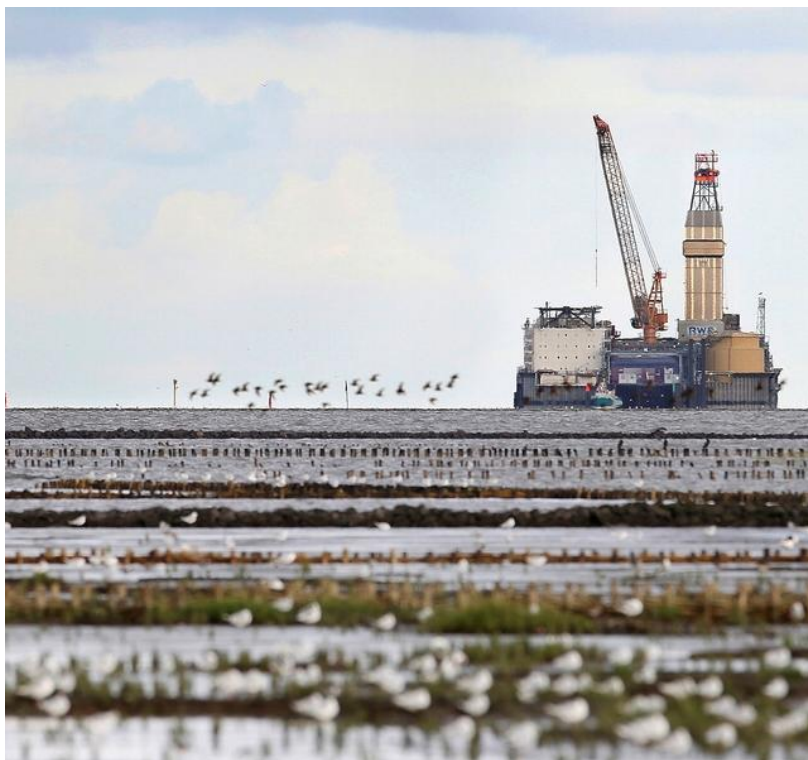


«Banken sind sehr risikoscheu geworden»

Interview Laut dem Rohstoffexperten Peter Sigg sind die Möglichkeiten zur Umgehung der Russland-Sanktionen über den Rohstoffhandelsplatz Schweiz gering.



Der Oligarch Michail Fridman kauft die deutsche RWE Dea, welche die Bohrinsel Mittelplate in der Nordsee betreibt. Foto: Bloomberg

Die Sanktionen der USA und der EU gegen Russland treffen vor allem den Rohstoffbereich. Wie gross ist die Gefahr, dass Umgehungsgeschäfte über die Schweiz laufen?

Sie ist eher gering. Banken, die das Rohstoffgeschäft finanzieren, müssen jetzt genau abklären, ob die Transaktionen unter die Sanktionen fallen. Bei jedem mit US-Dollar finanzierten Geschäft muss eruiert werden, ob US-Firmen und US-Personen involviert sind. Hier muss man extrem aufpassen.

Hat die Branche die Lehren aus dem Fall der französischen Grossbank BNP Paribas gezogen, die in den USA wegen Sanktionsumgehung zu einer Busse von 9 Milliarden Dollar verurteilt worden ist?

Nach diesem Fall wissen alle, dass höchste Vorsicht geboten ist. Die Banken in der Schweiz, auch die ausländischen Niederlassungen, sind sehr risikoscheu geworden.

Man könnte den Dollar ja umgehen und das Geschäft in einer anderen Währung abwickeln.

Die Möglichkeit besteht, eine Währung zu wählen, die nicht direkt den Sanktionen unterworfen ist. Doch würden daraus Umstellungskosten und höhere Währungsabsicherungskosten entstehen. Zudem sind diese Finanzierungen mit Unsicherheit belastet, die Kreditgeber würden deshalb eine höhere Risikoprämie verlangen. Die Banken schauen heute genau hin, ob es sich bei einem Deal in einer anderen Währung nicht um ein Umgehungsgeschäft handelt.

Wie wirken sich die Sanktionen auf die russischen Firmen aus?

Russische Banken und Energieunternehmen, die mehrheitlich im Staatsbesitz sind, können sich nicht mehr auf den europäischen und amerikanischen Kapitalmärkten bedienen. Das trifft für alle Darlehen mit Laufzeiten von mehr als 90 Tagen zu. Neue Zahlen von Bloomberg zeigen, dass im Juli kein russisches Unternehmen Darlehen in US-Dollar, Schweizer Franken oder Euro erhalten hat. Laut Bloomberg ist das das erste Mal in fünf Jahren, das so etwas passiert ist.

Mit Peter Sigg sprach Rita Flubacher

25.08.2014

Stichworte

[Sanktionen gegen Russland](#)

[Rohstoffhandel](#)

Peter Sigg



Der Rohstoffexperte leitet den Bereich Commodity Products bei LGT Capital Partners. Er präsidiert den Commodity Club Switzerland und ist Dozent an der Hochschule Luzern.

Artikel zum Thema

Russland erklärt McDonald's den Krieg



McDonald's gerät ins Visier der russischen Behörden. Drei Filialen wurden bereits geschlossen. Offizielle Begründung: Verstösse gegen Hygienevorschriften. [Mehr...](#)
21.08.2014

«Rohstoffhandel blüht gleiches Schicksal wie den Banken»

Oliver Classen von der Erklärung von Bern ist überzeugt, dass die Schweiz als Eldorado für Rohstoffhändler bald unter Druck geraten wird. [Mehr...](#)

Von Bernhard Kislig, Christoph Aebischer 25.08.2014

Die Firmen müssen sich also beim russischen Staat refinanzieren, wie das der Öligigant Rosneft bereits angekündigt hat.

Ja. Sie könnten auch versuchen, in Asien Geld zu erhalten. Dort ist man aber ebenfalls äusserst zurückhaltend.

Warum?

Viele ausländische Investoren haben in den letzten Jahren in Russland investiert. Diese Investitionen sind jetzt einem extrem hohen Risiko ausgesetzt. Der Rubel wurde stark abgewertet, und die Wirtschaftsaussichten sind schlecht. Ausländische Investoren haben schon viel Geld verloren.

Wie steht es um die Rechtssicherheit in Russland?

Es besteht ein Risiko, dass Unternehmen, insbesondere von strategisch wichtigen Branchen, verstaatlicht werden. Zudem gibt es eine Unsicherheit der Ungleichbehandlung und der Tatsache, dass ausländische Investoren ihr Recht nur erschwert durchsetzen können.

Die russischen Rohstofffirmen haben Niederlassungen in der Schweiz. Ist nun mit einem Rückzug zu rechnen?

Ich glaube nicht. Die Schweiz ist einer der drei Topplätze für den Rohstoffhandel weltweit. Die Russen haben aus strategischen Gründen viel investiert in der Schweiz. Gazprom etwa wickelt hier Handelsfinanzierungen ab. Die werden sich nicht sofort zurückziehen. Die russischen Firmen wissen ja auch nicht, wie lange die Sanktionen aufrechterhalten werden. Vielleicht ändert sich alles in sechs Monaten.

Was haben die Konsumenten im Westen bis jetzt von den Sanktionen verspürt? Russland liefert ja weiterhin Öl und Gas.

Als die Ukrainekrise im März begann, schlug sich das im Erdölpreis sofort nieder. Seit Mitte Juni ist der Preis jedoch um zehn Prozent gefallen. Es zeigte sich, dass die Produktion in Russland nicht beeinträchtigt war.

Also ist das Angebot derzeit hoch?

Die Lager sind überall voll. In den USA ist die Ölproduktion dank des Frackings stark angestiegen. Die USA sind derzeit bei Öl und Gas (aggregiertes Volumen, Red.) der grösste Energieproduzent weltweit. Sie müssen viel weniger importieren. Die Märkte sind gut versorgt mit Öl. Hätte man das in den USA nicht gehabt, wäre der Ölpreis in den letzten Wochen schätzungsweise um 10 bis 20 Dollar aufgegangen. Der Preis zog um 5 Dollar an, sank dann aber rasch wieder. In den entwickelten Ländern geht die Ölnachfrage tendenziell zurück. Dafür sorgt auch der Umstieg von Öl auf Gas in der Industrie wegen der geringeren CO₂-Emissionen und des tieferen Gaspreises.

Werden die Sanktionen Russland beim Ausbau neuer Öl- und Gasvorkommen behindern?

Ja. Die EU-Sanktionen verbieten Technologielieferungen. Das ist im Sanktionskatalog detailliert ausformuliert. Russische Energiefirmen haben ein begrenztes Know-how und limitierte Finanzierungsmöglichkeiten für neue Projekte in der Arktis oder in der Tiefsee. Das wird mittelfristig globale Auswirkungen haben, denn das Land ist mit einem Anteil von 10 Prozent am Weltmarkt ein grosser Player. Ich schätze, dass die Ölförderung in Russland wegen der Sanktionen langfristig deutlich zurückgehen könnte.

Die Sanktionen scheinen allerdings löchrig zu sein. So starten Rosneft und Exxon Mobil im Nordpolarmeer mit Probebohrungen, und der russische Oligarch Michail Fridman darf den deutschen Energiekonzern RWE Dea kaufen.

Seitens der EU und der USA gilt es hier, die Einhaltung der Strafmassnahmen genau zu prüfen. Falls die Sanktionen länger andauern und effektiv durchgesetzt werden, wird der Nachschub an Equipment sowie die Ölförderung erschwert, was zu Einbussen bei den künftigen Förderkapazitäten führen kann.

Wird das den Weltmarkt trotz des US-Ölbooms beeinträchtigen?

Ja. Denn in einigen Bereichen ist die Ölförderungskurve in den USA bereits abgeflacht. Die Förderung von Schieferöl geht nicht mehr so rasant weiter wie bis jetzt. Der Weiterausbau wird komplizierter und damit teurer. Die Frage ist, ob man

Kiew droht Moskau mit Stopp des Gastransits nach Westeuropa

Die ukrainische Regierung hat eine Sanktionsliste erstellt, auf der sich offenbar russische Rohstofffirmen befinden. Russland bezeichnet die Liste als PR-Massnahme.

[Mehr...](#)
08.08.2014

Dossiers

[c Rohstoffhandelsplatz Schweiz](#)

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

die Fracking-Technologie nach Europa bringen kann. Aber hier gibt es Widerstand. In der Tendenz dürfte das zu höheren Energiepreisen führen.

Und beim Gas?

Die Märkte sind eher lokal ausgerichtet. Das führte dazu, dass in den USA der Gaspreis 2008 bis 2010 kollabiert ist wegen des Überangebots.

Man könnte das Gas verflüssigen und nach Europa transportieren. Das ist ein Problem. Einige smarte Thinktanks prognostizierten den USA, dass sie Gas importieren müssten. Also baute man überall Häfen für den Weitertransport des importierten Gases. Nun fehlen die Verflüssigungsmöglichkeiten für den Export, der Gaspreis brach zusammen. Europa könnte erst in einigen Jahren vom US-Flüssiggas profitieren.

Also wird die EU nicht mit voller Härte gegen Russland vorgehen?

Man kann jetzt nicht so harte Sanktionen treffen, weil man abhängig ist von den Energiebezügen. Man würde sich sehr stark ins eigene Fleisch schneiden, weil die Versorgung gefährdet wäre . . .

. . . und die konjunkturelle Erholung.

Würde man Sanktionen im Energiebereich aussprechen, würde das die Erholung in Europa abwürgen. Das will man nicht riskieren. Die Bürger in den südeuropäischen Ländern würden angesichts der hohen Arbeitslosigkeit nicht verstehen, wenn wegen eines entfernten Konflikts die Wirtschaft erneut zusammenkracht.

Russland hat als Retourkutsche den Import von Nahrungsmitteln aus der EU verboten.

Ein Kollege von mir war soeben in Norwegen. Er hat mit Fischern gesprochen. Der Verkauf von Kaviar und Lachs nach Russland ist über Nacht praktisch weggebrochen. Norwegen, das als Nicht-EU-Land die Sanktionen mitträgt, exportierte sehr viel nach Russland. Nun wissen die Fischer nicht wohin mit der Ware. Die Leute sind extrem erbost über die Situation.

EU-Firmen könnten über die Schweiz exportieren, die von den Nahrungsmittelsanktionen nicht betroffen ist.

Es ist denkbar, dass EU-Hersteller technische Umgehungsmöglichkeiten fürs Russland-Geschäft suchen könnten. Moskau wird jedoch genau hinschauen, woher die Ware stammt. Das wird auch die EU tun. Dann würden wohl beide die Sanktionen auf die Schweiz ausdehnen wollen.

(Tages-Anzeiger)

(Erstellt: 25.08.2014, 23:38 Uhr)